Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3088

01. 08. 79

Sachgebiet 7

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Sauter (Epfendorf) und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/3053 –

Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet „Technische Kommunikation/Informationstechnik"

Der Bundesminister für Forschung und Technologie – 411 – hat mit Schreiben vom 30. Juli 1979 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit den Bundesministern des Innern, für Wirtschaft, für das Post- und Fernmeldewesen und für Bildung und Wissenschaft wie folgt beantwortet:

1. Entspricht die Beurteilung der Entwicklung der Teleinformatik durch die Bundesregierung den Vorstellungen, die im NORA-Bericht bzw. im Jacudi-Report zum Ausdruck kommen; welche Stellungnahmen gibt es zu diesem Bericht von seiten der Bundesregierung, und welche forschungs- und technologiepolitischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Berichten zu ziehen?

Die Einschätzung der Entwicklung der Informationstechnik im Gutachten von Nora und Minc deckt sich in den Grundaussagen mit denen anderer Sachverständiger, wenn auch im einzelnen differenzierte Auffassungen vertreten werden. Die Schlußfolgerungen des Gutachtens sind in der spezifischen Situation in Frankreich begründet und lassen sich daher nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen. Auch aus diesem Grunde ist keine besondere Stellungnahme der Bundesregierung zu diesen Studien abgegeben worden. Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat unter Berücksichtigung einschlägiger Ergebnisse aus dem In- und Ausland sowie von Diskussionen im Rahmen der OECD im Mai 1979 dem Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages ein Konzept für die

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21

künftige Forschungspolitik auf dem Sektor Informationstechnik vorgelegt.

2. Hält die Bundesregierung angesichts der wachsenden Bedeutung dieses Gebiets die bisherigen Förderungsmaßnahmen im Vergleich zu entsprechenden Maßnahmen anderer Industrienationen für ausreichend?

Die Bundesregierung mißt der Informationstechnik insgesamt wachsende Bedeutung bei. Sie beabsichtigt, in einem Gesamtprogramm Informationstechnik die künftig notwendige Förderung für die Bereiche Informationsverarbeitung, technische Kommunikation und elektronische Bauelemente zusammenzufassen. Die einzelnen Fördermaßnahmen sind noch Gegenstand von Beratungen.

Die positive, wirtschaftliche Entwicklung der im Teilbereich Datenverarbeitung der Informationstechnik geförderten Unternehmen zeigt, daß die Produkte dieser Unternehmen dem internationalen Leistungsstand entsprechen und wettbewerbsfähig sind. Die Förderung der Entwicklung von Standardprodukten in diesem Bereich kann daher auslaufen.

3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die auf dem Gebiet der Teleinformatik tätige heimische Industrie angesichts der zum Teil massiven Unterstützungen, die für ihre internationalen Mitbewerber in deren Heimatländern bereits bestehen oder vorgesehen sind, vergleichbare Chancen hat, um im internationalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können?

Der Bundesregierung sind keine Anhaltspunkte bekannt, die in absehbarer Zeit eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der einschlägigen Unternehmen bewirken würden.
Die Bundesregierung beobachtet jedoch sorgfältig die weitere Entwicklung sowie die Unterstützungsmaßnahmen, die von anderen Regierungen durchgeführt werden.

4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um der wachsenden Gefahr der Entliberalisierung der Märkte auf dem Gebiet Technische Kommunikation/Informationstechnik entgegenzuwirken?

Die Bundesregierung sieht auf Grund des Zusammenwachsens von Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung und der sich im Zusammenhang hiermit ergebenden neuen Telekommunikationsformen bzw. Dienstleistungen im Endgerätebereich die Chance, gerade für die mittelständische Industrie neue Märkte zu eröffnen. Die Bundesregierung fördert seit mehreren Jahren Vorhaben im Bereich Datenfernverarbeitung, der Rechnernetze und der Endgeräte der technischen Kommunikation. Hierbei wird besonderer Wert auf Standardisierungsaspekte gelegt.

Die Deutsche Bundespost schafft durch den weiteren Netzausbau, durch die Fortentwicklung und internationale Abstimmung neuer Kommunikationsstandards sowie durch die technische Vorbereitung neuer Telekommunikationsdienste Voraussetzungen für die Entstehung neuer Märkte.

Risiken für den Wettbewerb auf diesen Märkten wird die Bundesregierung wie bisher entgegentreten. Die Gefahr einer Entliberalisierung des Marktes vermag sie nicht zu erkennen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß das angekündigte Programm „Informationstechnik" auf die Basis eines langfristigen struktur- und ordnungspolitischen Konzepts für den Medienbereich zu stellen ist und daß nur dadurch sinnvoll übergreifende langfristige Zielsetzungen definiert werden können, die der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der neuen Kommunikationsformen angemessen gerecht werden?

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978) – Medienbericht – Vorstellungen zur Medienpolitik dargelegt. Sie hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß ein medienpolitisches Gesamtkonzept von Bund und Ländern gemeinsam schrittweise zu entwickeln und zu realisieren ist.

Das Programm Informationstechnik orientiert sich an den im Medienbericht genannten Zielen.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß weite Bereiche des Programms Informationstechnik Fragen der Medienpolitik nicht berühren werden.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung hinsichtlich der Erarbeitung des Programms „Informationstechnik" die Mitgestaltungsmöglichkeiten für technologieorientierte, insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen?

Die Bundesregierung ist an einer aktiven Mitwirkung von Sachverständigen bei der Erarbeitung des Programms „Informationstechnik" interessiert. Bei der bisherigen Diskussion des vorliegenden Programmkonzepts mit Experten aus der Wirtschaft nahmen auch Sachverständige, die mittleren und kleinen Unternehmen angehören, teil. Die Bundesregierung wird bei den weiteren Beratungen des Programms Informationstechnik darauf achten, daß weiterhin ein breites Spektrum von Sachverständigen mitwirkt.

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisherige Ausrichtung der Förderung auf wenige großtechnologische Vorhaben und auf die Beteiligung „wesentlicher Hersteller" beizubehalten?

Es trifft nicht zu, daß die bisherige Förderung auf wenige großtechnologische Vorhaben ausgerichtet ist. Die Bundesregierung hat mit dem Dritten Datenverarbeitungsprogramm eine deutliche Schwerpunktverschiebung von der Großtechnologie zu kleinen Systemen und Anwendungsprojekten vorgenommen. Dies hatte zur Folge, daß die Fördermittel im Bereich Datenverarbeitung im vergangenen Jahr nahezu 150 Unternehmen zukamen, darunter neben mittleren Unternehmen in starkem Maße kleinen technologieorientierten Unternehmen. Die Bundesregierung hat die Ziele des neuen Programms Informationstechnik dem Ausschuß für Forschung und Technologie bereits dargelegt.

Sie geht davon aus, daß technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen zu diesen Zielen mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beitragen werden.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung einer sinnvollen Nutzung neuer informationstechnologischer Produkte und Verfahren (und die Erschließung neuer Benutzerkreise) durch Finanzierung von Ausbildungsprogrammen an unterschiedlichsten Schularten und -stufen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung diesbezüglich?

Mit Informationstechnik kommen in zunehmendem Maße nicht nur Spezialisten in Berührung. In vielen Berufen werden Kenntnisse im Umgang mit der Informationstechnik verlangt. Neuartige informationstechnische Geräte und Systeme werden zunehmend auch im privaten Lebensbereich Eingang finden.

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß Informationstechnik in der Berufsausbildung im notwendigen Umfang vermittelt wird. In den allgemeinbildenden Schulen fördert sie die Vermittlung informationstechnischer Grundkenntnisse durch Modellversuche. Die Bundesregierung wird die Regierungen der Bundesländer bitten, sich dieser Aufgaben im Rahmen ihrer Zuständigkeit verstärkt anzunehmen.